

Beschluss V-16: Sozialgerechter Gasausstieg 2035, statt fossile Ausbeutung!

Laufende Nummer: 51

Status:	angenommen
Tagesordnungspunkt:	V - TOP 12 - Verschiedene Anträge

Sozialgerechter Gasausstieg 2035, statt fossile Ausbeutung!

Deutschland befindet sich 2025 im politischen Gasrausch. Wirtschaftsministerin Katherina Reiche, ehemalige Vorstandsvorsitzende des Gasnetzbetreibers Westenergie, treibt als Gaslobbyistin im Ministeramt den massivsten fossilen Rückschritt seit Jahrzehnten voran. Unter ihrer Führung plant die Bundesregierung 20 Gigawatt neue Gaskraftwerke für 15,5 Milliarden Euro Steuergeld - eine Verdoppelung gegenüber den ursprünglichen Ampel-Plänen. Gleichzeitig werden fossile Gasbohrungen vor Borkum und in Bayern vorangetrieben, obwohl sie weniger als 1% des deutschen Gasbedarfs decken würden.

Diese Politik dient nicht der Energiesicherheit, sondern den Profiten von Großkonzernen wie RWE, E.ON und internationalen Gasriesen. Während die Klimakrise eskaliert und Deutschland seine Klimaziele verfehlt, subventioniert die Regierung fossile Brennstoffe mit Milliarden aus dem eigentlich für die Energiewende gedachten Klima- und Transformationsfonds. Der Gasrausch ist ein klimapolitisches Verbrechen an künftigen Generationen und ein sozialer Skandal, der einkommensschwache Haushalte am härtesten trifft.

1. Gasbohrungen als fossiler Irrweg: Borkum und Reichling gegen den Willen der Bevölkerung

Die geplanten Gasbohrungen vor Borkum und in Reichling zeigen exemplarisch, wie die Bundesregierung Klimaschutz und Bürgerwillen für Konzernprofite opfert. Das niederländische Unternehmen OneDyas will vor Borkum, nur 500 Meter vom UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer entfernt, Milliarden Kubikmeter Gas fördern. Trotz massiver Proteste, einstimmiger Ablehnung durch den Gemeinderat Borkum und anhängiger Gerichtsverfahren unterstützt die Bundesregierung das Projekt aktiv.

In Reichling, Bayern, bohrt die kanadische Genexco Gas GmbH gegen den einstimmigen Widerstand des Gemeinderats und vieler Demonstrant*innen nach Gas zwischen Trinkwasserquellen und dem Ammersee. Beide Projekte würden bei Verbrennung Millionen Tonnen CO₂ ausstoßen - ein direkter Widerspruch zu Deutschlands Klimaneutralitätsziel bis 2045.

Die Argumente der Regierung sind vorgeschoben: Das geförderte Gas würde maximal 1% des deutschen Bedarfs decken und nichts zur Versorgungssicherheit beitragen. Stattdessen drohen irreversible Umweltschäden: Bodenabsenkungen, Erdbeben, Kontamination des Trinkwassers und Zerstörung mariner Ökosysteme. Die Internationale Energieagentur ist eindeutig: Für das 1,5°C-Ziel darf es seit 2021 keine neuen Förderprojekte geben.

2. LNG-Terminals und Fracking: Klimarassismus aus den USA

importiert

Deutschlands LNG-Strategie ist eine Katastrophe für Klima und Gerechtigkeit. Die vier schwimmenden LNG-Terminals kosten Steuerzahler fast 10 Milliarden Euro, sind aber grotesks schlecht ausgelastet: Rügen nur 8%, Wilhelmshaven 64% im letzten Jahr. Gleichzeitig vergiften sie die Meere mit Chlor, dessen Langzeitfolgen für die Umwelt nicht absehbar ist.

86% des deutschen LNG stammt aus klimaschädlichem US-Fracking - Deutschland importiert Environmental Racism. Über eine Million schwarze Amerikaner leben in Gebieten, die EPA-Krebsrisiko-Grenzwerte durch Giftgasemissionen überschreiten. Communities of Color tragen 56% der toxischen Belastung von Raffinerien, obwohl sie nur 39% der Bevölkerung stellen. Afroamerikanische Kinder werden fünfmal häufiger wegen Asthma hospitalisiert als weiße Kinder.

Jeder deutsche LNG-Import finanziert diese systematische Umweltzerstörung und Gesundheitsgefährdung marginalisierter Gemeinden. Klimagerechtigkeit bedeutet: Kein deutsches Geld für US-Fracking, das People of Color vergiftet und die Klimakrise anheizt.

3. Gas ist klimaschädlicher als Kohle: Wissenschaft gegen Lobbymärchen

Die neueste Klimaforschung zerstört das Märchen von Gas als "sauberer Brückentechnologie". Robert Howarths peer-reviewed Cornell-Studie von Oktober 2024 belegt: LNG hat eine 33% schlechtere Klimabilanz als Kohle über 20 Jahre. Selbst über 100 Jahre ist LNG mindestens gleichwertig mit Kohle. Grund sind massive Methanemissionen bei Förderung und Transport - Methan ist 82-mal klimaschädlicher als CO₂.

Statt vom klimaschädlichsten fossilen Brennstoff (Kohle) zum zweitschädlichsten (Öl) und jetzt zum drittschädlichsten (Gas) zu wechseln, brauchen wir den direkten Umstieg auf Erneuerbare. Photovoltaik kostet 4,1-9,2 Cent/kWh, neue Gaskraftwerke 23,6-43,3 Cent/kWh - Gas ist nicht nur klimaschädlich, sondern auch wirtschaftlich absurd.

Die Wissenschaft ist eindeutig: Gas verzögert die Energiewende durch Lock-in-Effekte und Fehlinvestitionen. Wer 2025 noch auf Gas setzt, handelt gegen die Wissenschaft und gegen unsere Zukunft. Wir brauchen einen Puffer bei den Treibhausgasemissionen, nicht bei der fossilen Infrastruktur.

4. Der sozialgerechte Weg raus aus dem Gas

Statt 15,5 Milliarden Euro in neue Gaskraftwerke zu stecken, müssen wir das Geld in die sozialgerechte Wärmewende investieren. Die Bundesregierung subventioniert Gaskraftwerke, während 2,7-6,5 Millionen Haushalte von Energiearmut betroffen sind. Diese Politik ist sozial ungerecht und klimapolitisch verheerend.

Der Handlungsbedarf ist extrem: 245.000 Stromanschlüsse und 33.700 Gasanschlüsse wurden 2024 abgestellt. Menschen mit niedrigen Einkommen leiden am meisten unter dem fossilen System und brauchen maximale Unterstützung beim Wechsel zu erneuerbaren Energien. Wärmepumpen sind mit bis zu 70% Förderung bereits gut unterstützt, aber die Programme erreichen die Ärmsten nicht.

Fernwärmenetze, energetische Sanierungen und Energieberatung müssen sozial gestaffelt ausgebaut werden. Der EU-Klima-Sozialfonds ab 2026 bietet die Chance, vulnerable Gruppen gezielt zu

unterstützen. Frankreichs Programm MaPrimeRénov' zeigt: Höhere Förderquoten für Geringverdiener sind möglich und nötig.

Die Energiewende darf nicht die Mittel- und Unterschicht belasten, während Konzerne Milliardengewinne machen. Gerechte Kostenverteilung bedeutet: Wer mehr CO₂ verursacht, zahlt mehr. Wer wenig verdient, wird maximal unterstützt.

5. Fossile Abhängigkeiten & Erpressungen

Fossile Brennstoffe wurden und werden eingesetzt, um Staaten unter Druck zu setzen. Staaten finanzieren mit fossilen Gewinnen Kriege und Unterdrückung. Die fatale Abhängigkeit zum Putin Regime und der fortdauernde Angriffskrieg gegen die Ukraine, hat diese Verwundbarkeit drastisch gezeigt. Neue fossile Abhängigkeiten wie diese müssen konsequent verhindert werden, wenn man glaubwürdig für eine menschenrechtsbasierte Politik eintreten will.

In diesem Zusammenhang müssen wir auch den US-EU-Handelsdeal entschieden ablehnen. Die EU-Kommission ist auf die Erpressung Trumps eingegangen und hat zugesagt, bis zum Ende der Amtszeit des US-Präsidenten 750 Milliarden Dollar an Flüssigerdgas, Öl und Kernbrennstoffen zu kaufen. Dies ist unvereinbar mit unseren Klimazielen, versichert nicht, dass Trump erneut absurde Forderungen stellt und macht die EU damit von einem autoritären Präsidenten gefährlich abhängig.

Nur die Energiewende und der Ausbau der Erneuerbaren Energien schafft Souveränität und damit die Grundlage, um autoritären Kräften entgegenzustehen und globale Gerechtigkeit umzusetzen.

Unsere Forderungen

1. Subventionen für alle fossilen Brennstoffe streichen und stattdessen Sanierungen und nachhaltige Wärmeumrüstung fördern Die 37 Milliarden Euro jährliche fossile Subventionen müssen gestrichen und in die sozialgerechte Wärmewende umgeleitet werden. Statt 15,5 Milliarden Euro für neue Gaskraftwerke zu verschwenden, investieren wir das Geld in Wärmepumpen, Fernwärme und Sanierungen mit sozialer Staffelung.
2. Förderverbot für Erdgas in Deutschland Alle Gasbohrungsprojekte müssen gestoppt werden. OneDyas vor Borkum und Genexco in Reichling dürfen nicht realisiert werden. Deutschland braucht ein gesetzliches Verbot neuer Gasförderung ab sofort - wie es New York, Maryland und Vermont bereits durchgesetzt haben.
3. Baustopp der festen LNG-Terminals, da sie Überkapazitäten sind Bei nur 50-68% Auslastung der bestehenden schwimmenden Terminals sind neue feste Terminals in Stade, Brunsbüttel und anderswo reine Geldverschwendung. Die geplanten 114 Milliarden Kubikmeter Jahreskapazität übersteigen den gesamten deutschen Gasverbrauch von 2021 - ein absurdes Überangebot.
4. Keine neuen Gaslieferverträge Deutschland darf keine neuen langfristigen Gasverträge abschließen. Der 15-Jahres-Vertrag mit Katar und weitere US-LNG-Deals widersprechen den Klimazielen und schaffen neue fossile Abhängigkeiten. Bestehende Verträge müssen schnellstmöglich beendet werden. Ebenfalls fordern wir die Bundesregierung dazu auf, gemeinsam mit weiteren EU-Staaten, den US-EU-Handelsdeal zu überprüfen und sich dafür einzusetzen, die fossilen Zahlungen zu stoppen.
5. Gasausstieg 2035 Deutschland muss den vollständigen Gasausstieg bis 2035 gesetzlich verankern - analog zum Kohleausstieg 2038. Nur ein verbindliches Ausstiegsdatum schafft Planungssicherheit für

59. Bundeskongress
Leipzig, 10.10.2025 - 12.10.2025

**GRÜNE
JUGEND**

Unternehmen und Haushalte und verhindert weitere fossile Fehlinvestitionen. Bis 2035 können erneuerbare Energien, Speicher und Flexibilitäten die Gasinfrastruktur vollständig ersetzen.